



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses  
Haushaltskonsolidierung am 22.08.2023**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 15:00 Uhr bis 16:15 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Tom Wolter	Vorsitzender des Unterausschusses, Fraktion MitBürger
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 16.00 Uhr
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Herrn Krause
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

### **Verwaltung**

Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter für Finanzen und Personal
Thomas Stimpel	Referent GB I
Corinna Wolff	Leiterin Fachbereich Finanzen
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
André Bartel	Controller GB II
Yves Stephan	Controller GB IV
Christin Blaßfeld	Stellvertretende Protokollführerin

## **Entschuldigt fehlten:**

Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Der Vorsitzende des Unterausschusses, **Herr Wolter**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Unterausschusses Haushaltskonsolidierung fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Da es keine Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Herr Wolter** um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht zum Stand der Umsetzung des beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzeptes, zur aktuellen Haushaltssituation und zum Investitionsprogramm
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

### zu 3      **Einwohnerfragestunde**

---

#### zu 3.1      **Fragesteller 1 zum Zukunftszentrum**

---

*Auf Antrag des Stadtrates Dr. Sven Thomas wird zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

##### **Fragesteller 1**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Ein neues Gremium am Start, es tagt öffentlich. Es gibt eine öffentliche Tagesordnung, auch eine Einwohnerfragestunde, der Einwohner ist auch da.

Ich beginne so lustig, weil ich nur heute während der Lebensdauer dieses Unterausschusses mein Fragerecht wahrzunehmen beabsichtige. Die nächsten Sitzungen werde ich Sie mit meinen Fragen verschonen. Wir treffen uns ja anschließend im Finanzausschuss wieder. Da bleibe ich am Ball.

Ich mache das deswegen, weil diese Haushaltskonsolidierungsangelegenheit originär Ihre Aufgabe ist. Sie wissen ja, dass die Kommunalverfassung hier ganz klar in den Instrumentarien auch zeigt: Der Einwohner spricht über diese Dinge nicht entscheidend mit. Und so sind auch diese haushaltstechnischen Aspekte im Bereich Kassenkreditverschuldung über die Jahre aufgelaufen, weil auch Sie in dieser Wahlperiode, aber auch die Kongregation Stadtrat davor, dies zuließen. Seit etwa 2004 kann man also kontinuierlich schauen, wie Haushaltsbeschlüsse regelmäßig dazu führen, dass die Kassenkreditlage sich verschlimmert, die Schulden steigen.

Wenn Sie denn also diese Problematik angehen, öffentlich dieses Mal – in einem solchen Ausschuss begrüße ich das außerordentlich, aber es bleibt Ihre Aufgabe.

Ich möchte Sie bitten, dass, wenn Sie abwägen, Maßnahmen zu ergreifen, die die Liquiditätslage der Stadt Halle verbessern, Sie nicht nach unten zielen und den leichten Weg nehmen und Abgaben erhöhen, Steuern erhöhen, Beiträge erhöhen, wie das im Haushaltsvorschlag der Stadtverwaltung im letzten Jahr also für diesen Haushalt hier ziemlich deutlich passiert ist.

Ich mache das vor allem deswegen – und da komme ich jetzt zu meiner Frage – weil ich im Zusammenhang mit dem Transformationszentrum/Zukunftszentrum gesehen habe, dass Sie ganz offensichtlich schon dabei sind, das entsprechende Grundstück zu vergeben.

Ich möchte Sie fragen, Herr Bürgermeister: Welche Einnahmen sind denn der Stadt entgangen, dadurch, dass sie das Grundstück noch nicht veräußern konnte bzw. wenn Sie es zurückkaufen mussten, welche Aufwendungen ist die Stadt denn eingegangen und wie groß sind denn die Ausfälle im Bereich Erbpacht? Sie haben ja als Randbedingung in diesem Ausschreibungsverfahren zusichern müssen, dass Sie entweder das Grundstück übertragen oder kostenfrei Erbbaurecht gewähren auf 99 Jahre. Wie groß sind denn die jährlichen Erträge, die Sie dann dadurch nicht mehr realisieren können?

Also, diese zwei Dinge zunächst, bitte.

##### **Herr Wolter**

Ja, danke für die Fragen und Herr Bürgermeister, bitte.

**Herr Bürgermeister Geier**

Zuerst möchte ich noch einmal klarstellen, dass das Landesverwaltungsamt zu diesem Unterausschuss klar erklärt hat, dass es kein Ausschuss im Sinne des KVG ist. Nur dass Sie das nochmal einordnen können. Wir haben uns aber in der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses dazu entschieden, dass wir sozusagen analog die Regeln eines KVG Ausschusses anwenden.

Zu der Frage, die Sie haben werden Sie mir nachsehen, dass das sehr komplex ist. das kann ich Ihnen aus dem Stehgreif nicht beantworten. Sie bekommen das gerne schriftlich.

**Herr Wolter**

Eine Nachfrage, Fragesteller 1.

**Fragesteller 1**

Ja, vielen Dank.

Ich habe die Fragen auch formuliert, weil ich Ihnen zeigen möchte, dass die Haushaltsaspekte, die dann vielleicht doch auf uns abgebildet werden, natürlich Fragen generieren im Zusammenhang mit diesen Aufwendungen für dieses Transformations- und Zukunftszentrum. Auf der einen Seite entgehen der Stadt dort Einnahmen und auf der anderen Seite sind dort diese immensen Kassenschulden, die abgetragen werden müssen.

Ich sage jetzt mal, ich verzichte auf die konkreten Zahlen, sie sind recht groß. Ich will auch keinen Aufwand verursachen, aber wie bringen Sie diese beiden Aspekte zusammen?

Also, einerseits – ich nenne das jetzt mal die Ausfälle, auch wenn das politisch so gewollt ist und andererseits die Schwierigkeiten, diesen riesen Schuldenberg abzutragen.

**Herr Wolter**

Herr Bürgermeister, bitte.

**Herr Bürgermeister Geier**

Aus den Ausführungen entnehme ich, dass da zwei unterschiedliche Themenfelder miteinander verwoben werden.

Das eine Themenfeld sind der Bau und der Betrieb des Zukunftszentrums. Das ist allein Sache des Bundes. Damit sind quasi die Stadt und der Stadthaushalt nicht betroffen.

Das, was jetzt zusammen zu klären ist, ist, wie die Voraussetzungen für den auszuschreibenden Architekturwettbewerb sind. Das ist zunächst mal eine bauplanerische bzw. eine Bebauungsplanfrage. Das ist zu klären und wird selbstverständlich auch noch einmal mit dem Stadtrat und natürlich auch mit dem Bund diskutiert.

Da sind dann bestimmte Dinge zu arrondieren, die bei einem solchen Projekt – unabhängig davon, ob es das Zukunftszentrum oder etwas Anderes ist – einfach notwendig sind. Und die Frage ist, wie bei dieser Arrondierung, weil das Zukunftszentrum muss und soll ja auch angebunden werden an die Stadt, wie da eine Kostenteilung zwischen Bund, Stadt und Land stattfinden kann.

Wenn man mit dem Blickwinkel wie Sie herangeht, dann ist aus meiner Sicht schon auch entscheidend, was für ein gesamtwirtschaftlicher Nutzen dieses Zukunftszentrum für die Stadt hat. Und diese Auswirkungen müsste ich genauso in die Betrachtung mit einbeziehen. Das ist vielleicht für den Moment noch zu früh, aber das sind auf jeden Fall Themenfelder und Aspekte, die sehr wohl positiv in den Stadthaushalt wirken.

**Herr Wolter**

Danke schön, Herr Geier, und Fragesteller 1 hat noch eine Frage. Dann bitte ich Sie, das vielleicht als abschließende Frage zu formulieren.

### **Fragesteller 1**

Ja, vielen Dank.

Herr Bürgermeister, ich habe nur auf diese Grundstücksangelegenheit gezielt. Das, was Sie anschneiden, die wirtschaftlichen Aspekte, überschaue ich nicht und da gebe ich Ihnen recht: Das ist noch viel zu früh.

Ich habe das getan, weil ich, ich sage mal, die besondere zeitliche Nähe sehe. Als, dieser Beschluss, den Sie im nicht öffentlichen Teil des April Stadtrates gefasst haben, ist ja noch nicht so lange weg. Und jetzt sitzen Sie alle zusammen hier und reden darüber, wo Sie Einnahmensituationen stärken oder Ausgaben einsparen können. Und dahingehend wollte ich eigentlich nur diese Grundstücksangelegenheit neben diese Kreditverpflichtung gestellt haben.

Sehen Sie als ständiger Vertreter des Hauptverwaltungsbeamten einen Entscheidungskonflikt unter dem Aspekt dieser erdrückenden Schuldenlast einerseits, andererseits solche Zugeständnisse gegenüber Dritten zu machen?

### **Herr Bürgermeister Geier**

Ich sehe da keinen Konflikt und mein Problem ist jetzt, dass ich nicht ohne die Betroffenen öffentlich zu nennen erklären kann, wie die Zusammenhänge sind. Das kann ich jetzt in dem Fall nicht machen.

Aber ich kann nur so viel sagen, dass der Grundstücksverkauf quasi im Stadtrat beschlossen war, bevor die Ausschreibung und die Zustimmung zum Zukunftszentrum kamen. Durch den Beschluss, der neulich getroffen worden ist, wird das rückabgewickelt. Insofern für beide Seiten Plus/Minus Null.

### **Fragesteller 1**

Gut, ich bedanke mich.

*Ende des Wortprotokolls.*

### **zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

---

Es lag keine Niederschrift zur Bestätigung vor.

### **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

Es gab keine Beschlussvorlagen.

### **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen oder Stadträten vor.

## zu 7      **Mitteilungen**

---

### zu 7.1      **Bericht zum Stand der Umsetzung des beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzeptes, zur aktuellen Haushaltssituation und zum Investitionsprogramm**

---

**Herr Bürgermeister Geier** und **Frau Wolff** berichteten anhand einer Präsentation zum Stand der Umsetzung des beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzeptes, zur aktuellen Haushaltssituation und zum Investitionsprogramm.

*Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.*

**Herr Dr. Meerheim** bezog sich auf die ausgewiesenen 400.000 Euro, die im Bereich Fortbildung eingespart werden sollen und fragte, was es mit der Bezeichnung „Plan neu“ auf sich hat.

**Frau Wolff** sagte, dass es sich dabei um den Ansatz im Haushaltsplan nach Abzug der 400.000 Euro handelt, sodass die Minderung darin bereits enthalten ist.

**Herr Eigendorf** bezog sich auf die Darstellung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer und die Aussage, dass man derzeit von einer Unterdeckung in Höhe von 7,6 Mio. Euro zum Stichtag ausgeht.

Er sagte, dass es im Juni eine Pressemitteilung des statistischen Landesamtes gab, gemäß derer ein Zuwachs bei der Gewerbesteuer in Höhe von 17,8 Mio. Euro in Aussicht gestellt wurde. Er bat um Einschätzung dessen.

Weiterhin wies er darauf hin, dass es sich bei der Gewerbesteuer erfahrungsgemäß um keine lineare Einnahmequelle handelt, sondern meist Ende des Jahres erhebliche Mehreinnahmen zu verzeichnen sind. Er fragte, ob die bevorstehenden Mehreinnahmen bei der Prognose der Unterdeckung von 7,6 Mio. Euro bereits einbezogen wurde.

**Herr Wolter** schloss sich den Aussagen von Herrn Eigendorf an und sagte, dass Prüfungen ergeben haben, dass bis zum 30.06. eines Jahres durchschnittlich ca. 56 % der geplanten Einnahmen an Gewerbesteuern erzielt wurden. Daher ist davon auszugehen, dass bis Jahresende mit weiteren 41 % bis 47 % Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu rechnen ist.

**Frau Wolff** erklärte, dass das statistische Landesamt seine Berechnungen anhand des Ist-Zustandes vom Vorjahr im Vergleich zum Ist-Wert zu einem bestimmten Stichtag durchführt. Es ist möglich, dass der Ist-Wert des Vorjahres geringer war als der des laufenden Jahres, sodass die Entwicklungen nicht deutlich absehbar, sondern lediglich Prognosen möglich sind. Anders als im letzten Jahr wird in diesem Jahr zum Beispiel die Gewerbesteuer von vor zwei Jahren abgezogen, da Firmen teilweise zu hohe Vorauszahlungen geleistet haben, die erstattet werden müssen. Für die vorliegenden Zahlen wurden daher die Durchschnittswerte der vergangenen Jahre zugrunde gelegt.

**Herr Wolter** bat um Erläuterung des Bezuges der Planaufstellung 2024 zum Ist-Stand 2023.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass die Mitteilung einen Überblick über den Umsetzungsstand der Beschlusslage für das Haushaltsjahr 2023 gibt und eine Prognose über den wahrscheinlichen Verlauf in Aussicht stellt. Bevor das Jahr 2024 final geplant werden kann, muss über die Sachlage des laufenden Jahres diskutiert werden, um ein mögliches Konsolidierungspaket als Beschlusslage für 2024 vorzubereiten.

**Herr Dr. Meerheim** kritisierte die vorliegenden Zahlen, da seines Erachtens nach Belegzahlen fehlen, um die Werte nachvollziehbar zu gestalten. Er machte zudem auf das Fehlen konkreter Lösungsansätze aufmerksam, um im laufenden Jahr die benannten finanziellen Risiken zu minimieren. Er bezog sich außerdem auf die Ausführungen von Frau Wolff und die in der ersten Tabelle veranschlagten 88 Mio. Euro und fragte, worauf sich diese Zahl bezieht.

**Frau Wolff** sagte, dass es sich dabei um den Ist-Stand der Gewerbesteuereinnahmen zum 31.07.2023 abzüglich der Gewerbesteuerumlage handelt.

**Herr Dr. Meerheim** resümierte, dass die Stadt folglich in den übrigen fünf Monaten mit Einnahmen von insgesamt 24 Mio. rechnet, was seiner Einschätzung nach gering erscheint. Er fragte, wie sich diese Zahl zusammensetzt.

**Herr Bürgermeister Geier** äußerte sein Bedauern darüber, dass der neu gebildete Unterausschuss dazu genutzt wird, derartig Kritik an der Stadtverwaltung zu üben und nur auf Lösungsvorschläge seitens der Verwaltung zu warten, ohne selbst welche zu unterbreiten, auch vor dem Hintergrund der nicht erfolgten Umsetzung der Beschlussfassung zur Haushaltskonsolidierung für das Jahr 2023.

Er wies darauf hin, dass es sich bei den vorliegenden Zahlen um seriös ermittelte Werte durch die Kämmerei handelt. Hinsichtlich der regulären Steuerschätzung im November 2023 ist zu vermuten, dass der Rückgang bei den Einnahmen aus den Gemeindeanteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer aufgrund der hohen Tarifabschlüsse weniger hoch ausfallen wird als noch in der Mai-Steuerschätzung prognostiziert. Da das Verfahren des Bundes zur Berechnung der Gemeindeanteile an der Einkommens- und der Umsatzsteuer aber sehr kompliziert ist, muss die Schätzung im November abgewartet werden.

Bezüglich der Gewerbesteuer erklärte er, dass es sich dabei um keine Einnahmequelle handelt, bei der man davon ausgehen kann, dass diese über das Jahr kontinuierlich ansteigt. Je nachdem, was die gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen steuerlich beim Finanzamt geltend machen, sind die Zahlen schwankend. Dies ist darüber hinaus auch vier Jahre lang rückwirkend möglich, sodass sich auch im Nachgang Anpassungen ergeben können. Weiterhin ist die Steuerlast auch abhängig vom Verlauf der Betriebsprüfungen und weiteren Faktoren, wie der Konjunktur.

Er erklärte im Folgenden, dass die Stadtverwaltung im Januar eine Jahressollstellung über Vorauszahlungen macht, die die letzte Steuerlast abbildet, die vom Finanzamt bekannt ist. Als zweiter Teil fließen konkrete Steuerfestsetzungen des Finanzamtes ein. Dies hat zur Folge, dass die Stadt entweder Rückerstattungen leisten muss oder Nachzahlungen erhält. Der daraus entstehende Saldo fließt entsprechend in die Haushaltsposition ein.

Demgegenüber steht der Kassenbestand, der aktuell 46.438.000 Euro beträgt. Die in der Sollstellung hingegen benannten 88 Mio. Euro werden aufgrund von Vorauszahlungen und abgerechneten Jahre erwartet.

Bezüglich der vorzunehmenden Konsolidierungsmaßnahmen wies er darauf hin, dass mitunter immer weniger Möglichkeiten bestehen, sodass man langfristig darüber nachdenken muss, welche Verwaltungsleistungen nicht mehr angeboten werden können.

**Herr Eigendorf** bedankte sich um die Ausführungen und die vorgelegten Zahlen, wies aber auch darauf hin, dass die Gewerbesteuer die Position mit den größten Möglichkeiten und Risiken zugleich darstellt. Daher ist die Entwicklung in diesem Bereich von enormer Wichtigkeit für die weiteren Planungen.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass all diese Themen Auswirkungen auf die Liquidität haben, egal wie positiv oder negativ die Situation eingeschätzt wird. Die Kassenliquidität ist der zentrale Punkt, auf den auch das Landesverwaltung ein besonderes Augenmerk legt.

Der aktuelle Kassenkredit beträgt 400 Mio. Euro. Mit diesem reduzierten Kassenkreditlimit ist die Verwaltung am Laufen zu halten. Gleichzeitig gibt es jedoch verschiedene Einflüsse, die dazu führen, dass nicht die Liquidität zufließt, die im Rahmen der Haushaltsplanung angenommen wird, was wiederum zu Problemen führen kann.

Die Wechselwirkung zur Höhe des Kassenkreditrahmens darf daher nicht außer Acht gelassen werden. Zudem erfolgt eine monatliche Berichterstattung an das Landesverwaltungsamt die aufzeigt, ob das vereinbarte Limit gehalten werden kann. Dieses Limit unterstellt jedoch im Idealfall, dass die Planung so umgesetzt wird, wie es vorgesehen und beschlossen wurde. Daher muss stets eine Abwägung getroffen werden, welche Risiken etatisiert werden oder welche mit bestimmten Begründungen herausgelassen werden.

Wenn der Ausgangspunkt für das weitere Vorgehen der Ansatz der Gewerbesteuer sein soll, bleibt nichts Anderes übrig, als die Haushaltsberatungen nach hinten zu verlagern, um konkretere Zahlen abzuwarten.

**Herr Dr. Thomas** sagte, dass seitens der Stadt gewisse Lösungsansätze aufgezeigt werden müssen, über die dann entsprechend diskutiert werden kann. Als ein künftiges Themenfeld des Unterausschusses schlug er zunächst den Bereich der „Hilfen zur Erziehung“ vor und bat darum, darzustellen, ob und wie sich die Kosten reduzieren lassen. Weiterhin schlug er vor, sich generell mit Baukosten zu befassen, die zuletzt stetig aufgrund verschiedener Faktoren gestiegen sind. Er regte an, pro Sitzung zunächst ein Themenfeld anzugehen.

**Herr Wolter** bat darum, weitere Hinweise und Vorschläge zu Protokoll zu geben oder ihm im Nachgang der Sitzung zuzuarbeiten, um die künftigen Planungen vornehmen zu können.

Er resümierte, dass aufgrund der Ausführungen der Verwaltung ersichtlich wird, dass die getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen gescheitert sind und bat darum, zur nächsten Sitzung einen aktuellen Stand darzulegen bezüglich der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen, deren Umsetzung, welche Auswirkungen der Haushaltssperre zu erwarten sind und wie der aktuelle Stand der eigentlichen Zielstellung aussieht.

Er bezog sich weiterhin auf die geplanten 3,8 Mio. Euro im Bereich der Erhöhung der Kita-Beitragssätze und wies darauf hin, dass diese ohnehin nicht in 2023 kassenwirksam geworden wären. Er fragte, ob dies als Puffer zur Erreichung der Zielstellung definiert wurde und wie die Verwaltung mit der Ablehnung der Beitragserhöhung umgeht.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass sich sein Verständnis des Unterausschusses so darstellt, dass aus dessen Runde Themen festgesetzt und Konsolidierungsvorschläge unterbreitet und seitens der Verwaltung entsprechende Berichte und Stellungnahmen gefertigt werden, auf deren Grundlage dann über das weitere Vorgehen beraten werden kann bzw. Entscheidungen vorbereitet werden können.

Zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 führte er unter Einbezug der Präsentation aus, dass die Einsparungen im Bereich „Dienstreisen und Fortbildungen“ umgesetzt werden. Die Umsetzung der Kita-Beitragserhöhung mit 3,8 Mio. Euro wurde auf einen Jahreszeitraum unter Beachtung des Kita-Jahres festgesetzt. Aufgrund der Ablehnung der Beitragserhöhung im Stadtrat kann dieses Ziel jedoch nicht erreicht werden. Die geplanten 3,8 Mio. Euro müssen daher an anderer Stelle eingespart oder erwirtschaftet werden oder es erfolgt in einem halben Jahr ein neuer Beschlussvorschlag seitens der Verwaltung. Darin muss dann jedoch die aktuelle Tarifierhöhung der Beschäftigten entsprechend berücksichtigt werden.

Die Prognose der Zahlen zur Gewerbesteuer bleibt risikobehaftet, wie bereits ausgeführt wurde.

Er wies darauf hin, dass das grundlegende Konsolidierungskonzept aus wenigen großen Positionen besteht, die eine Neudefinition vergleichbarer Größen schwierig macht.

**Herr Wolter** fragte, ob die Verwaltung eine Kompromisslösung für die Erhöhung der Kita-Beitragssätze plant.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass bezüglich der Tariferhöhungen der Vorschlag im Raum steht, die Effekte der globalen Minderung dafür zu verwenden.

Die erlassene Haushaltssperre trägt aktuell dazu bei, das aufgrund der fehlenden Einnahmen entstandene Risiko zu minimieren. Jedoch ist es auch hier nicht absehbar, wie hoch die Einsparungen zum Ende des Jahres ausfallen werden.

**Herr Wolter** schlug vor, in den kommenden Sitzungen das Finanzausgleichsgesetz sowie das Chancenstärkungsgesetz näher zu beleuchten. Er bat die Ausschussmitglieder nochmals darum, entsprechende Themenvorschläge für die nächsten Sitzungen zu unterbreiten.

#### **zu 8      Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es gab keine Anfragen von Fraktionen oder Stadträten.

#### **zu 9      Anregungen**

---

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Wolter** den öffentlichen Teil der Sitzung des Unterausschusses Haushaltskonsolidierung.

Für die Richtigkeit:

---

Tom Wolter  
Vorsitzender des Unterausschusses

---

Christin Blaßfeld  
Stellvertretende Protokollführerin